

# Stopp der Privatisierung des Staates!



Die Firma  
«**Schweiz**»  
zieht  
uns am  
Nasenring

Liebe Leser

Mit diesem Flyer orientieren wir Sie über Geschehnisse und Fakten, die alle Einwohner der Schweiz grundlegend betreffen, aber weitestgehend vor der Öffentlichkeit verborgen gehalten werden. Es geht um die heimliche Zersetzung unseres Staates ‚von oben‘ – in einem anti-«demokratischen» Zusammenspiel von Politik, Staatsverwaltung, Justiz, Universitäten, Anwälten, Banken und Medien gegen das Volk.

In den letzten zwei Jahrzehnten wurden die einstigen öffentlich-rechtlichen Institutionen der Schweiz illegal in unvollständig gegründete Kapitalgesellschaften mit Holdingstruktur umgewandelt. Diese heimliche Zerstörung der verfassungsmässigen Ordnung der Schweiz ist strafrechtsrelevant (Art. 275 StGB).

Die mit den Aufdeckungen konfrontierten Behörden, Ämter und «*Rechtsgelahrten*» drücken sich um verbindliche Stellungnahmen und versuchen, den Sachverhalt zu ignorieren oder zu leugnen. Dies, obwohl eine erdrückende Fülle von Beweisen und Indizien vorliegt.

Dieses Verneinen und Totschweigen zeigt die begründete Angst vor den Konsequenzen, die mit der Rechenschaftspflicht und öffentlichen Bekanntmachung verbunden sind: Bei der heimlichen Umwandlung konnte nämlich die Befugnis zu hoheitlichem Handeln (staatliche Gewaltausübung, Erlassen von Verfügungen und Gesetzen, etc.) nicht übertragen werden. Das Volk hat diesen Machenschaften nie zugestimmt.

Seither handeln alle Funktionäre amtsanmassend (Art. 287 StGB). Sie täuschen hoheitliche Handlungsbefugnisse nur noch vor. Für ihr pseudo-staatliches Tun sind sie **privat haftbar**.

Das Schweizervolk ist in der Lage – und auch in der Pflicht – die rechtsstaatliche Ordnung wieder herzustellen, denn Verfassung und Gesetze sind gültig und unser wertvollstes Handlungsinstrument.

Es geht um nichts weniger als unsere Freiheit und Selbstbestimmung.

## FAKTEN

Die öffentlich-rechtliche Schweiz mit Bund, Kantonen und Gemeinden wird uns nur noch vorge-täuscht.

Die Schweizerische Eidgenossenschaft und alle staatlichen Organe und Ämter (Gemeindeverwaltungen, Schulen, Polizei, Gerichte, Departemente, Betreibungsämter, KESB, etc.) wurden in den letzten zwei Jahrzehnten verdeckt und illegal zu Kapitalgesellschaften umfunktioniert, um das öffentliche Gut abzusaugen.

Die Firma «Schweizerische Eidgenossenschaft» hat ihren Sitz in Belgien! Sie wurde 2014 «incorporated», d.h. als Kapitalgesellschaft («Government Industry») eingetragen.

Kantone und Gemeinden wurden an unterschiedlichen Daten «incorporated». Die Kantone und die Bundesverwaltung sind «Tochtergesellschaften» der Holding «Schweizerische Eidgenossenschaft».

Die Umwandlung erfolgte ohne rechtliche Legitimation durch das Volk. Sie war und ist illegal.

Der Privatisierungsprozess erfolgte im Geheimen. Die Einträge wurden von keinem schweizerischen Handelsregister veröffentlicht, aber dennoch privaten Wirtschaftsdatenbanken zugänglich gemacht. Es wird ohne Legitimation «nach Handelsrecht» agiert – und nicht mehr nach den öffentlich-rechtlichen Vorgaben der Verfassung und der Gesetze.

[www.hot-sips.com](http://www.hot-sips.com) → Links, weitere Unterlagen → Erweiterte Grundlageninfo

[www.hot-sips.com](http://www.hot-sips.com) → Links, weitere Unterlagen → Liste Behörden mit Einträgen als «Firmen»

[www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) → Politik → Schriftenwechsel → Diverse Korrespondenzen ab 2020 → Schweizerische Eidgenossenschaft → Bundesversammlung → Beschwerde an die Bundesversammlung vom 3. November 2022

# Regiert in der Schweiz das Volk?

«**DEMOKRATIE**» heisst vorgeblich: «**Herrschaft durch das Volk**»

Um Herrschaft ausüben zu können, müssen mehrere Bedingungen erfüllt sein:

## **A** Wer regiert, verfügt über sämtliche Informationen

Geheimhaltung und Intransparenz verunmöglichen dem Volk die Problemanalyse und das Erfassen der vielschichtigen Zusammenhänge.

## **B** Wer regiert, bestimmt die politische Problem- und Zieldefinition selbst

Die Politshow umfasst nur kleine Korrekturen von anderweitig vorgegebenen Befehlen. Regierung und Verwaltung geben vor, zu wissen, was das Volk will. Das Parlament lässt ihnen freie Hand ohne grundlegende Diskussion und Prüfung der Tauglichkeit der politischen Agenda im Interesse des Volkes.

## **C** Wer regiert, übt Kontrolle aus und bestraft Missbrauch und Verbrechen

Es wurden Mechanismen geschaffen, um denjenigen, welche in staatlichen Funktionen Machtmissbrauch und Verbrechen begehen, Straffreiheit zu ermöglichen. Andererseits wird die Einhaltung immer neuer, einschränkender Gesetze und Vorschriften beim Volk durchgesetzt – mit einem aggressiven Repressions- und Verwaltungsapparat.

# HINTERGRÜNDE

## Rolle der «Politik»

### **Fehlende parlamentarische Oberaufsicht**

Das Parlament hat laut Verfassung die korrekte Aufgabenerfüllung durch die Staatsverwaltung zu prüfen. Doch es wurde gezielt politisch eingefädelt, dass die Behörden, Ämter und Gerichte Gesetze brechen können, um gewisse Ideologien und Fremdinteressen zulasten des Volkes durchzusetzen. Anhand von offiziellen Amtsdokumenten wurde aufgedeckt, dass man die parlamentarische Oberaufsicht schon in den 1950er-Jahren aufgehoben hat.

Die «Gewaltenteilung» sollte der Einschränkung / Verhütung von Machtmissbrauch dienen. Sie wurde jedoch als Verbot der gegenseitigen Kontrolle uminterpretiert und pervertiert. Die Parlamente haben mit ihrem Kontrollverzicht nicht nur sich selbst, sondern auch das Volk entmachtet.

## Rolle der «Bildung»

### **Steuerungsmittel ‚Bildung‘**

Systematisch werden mit der staatlich gesteuerten Bildung Ideologien statt Kenntnisse vermittelt (z.B. Gender) und nach der Agenda verdeckter Befehlsgeber wahnhafte Uminterpretationen der menschlichen Werte und der Gesetzmässigkeiten des Lebens erzwungen. All dies zielt ab auf die Schwächung des Individuums und die Zerstörung des gesellschaftlichen Wohlergehens.

Ständige Veränderungen im Schulwesen bewirken massiven Bildungsabbau, Dauerstress, Versagensängste und eine wachsende Spaltung der Gesellschaft in Eliten und hilflose Abhängige. Die seit Jahrzehnten feststellbare Verschlechterung des Bildungs-Rucksacks am Ende der Volksschule ist das Resultat.

## Rolle der «Medien»

### **Infiltration und Desinformation**

Die Medien sind alles andere als freie Wissensvermittler. Völlig abhängig von ihren Geldgebern sind sie Teil der Entrechtungsmechanik. Sie dienen der Normierung und Normenkontrolle. Dabei missbrauchen sie das natürliche Bedürfnis des Menschen, sich an seinem Umfeld zu orientieren und den sozialen Normen anzupassen.

Um widernatürliche neue Normen zu propagieren und durchzusetzen, findet eine stetige Hirnwäsche und Meinungssteuerung durch die Medien statt. Wer sich eigenständiges Denken und Handeln erlaubt, wird Repressalien und öffentlicher Beschämung ausgesetzt. Eines der wichtigsten medialen Werkzeuge ist das Erzeugen immer neuer Ängste.

## **D** Wer regiert, entscheidet über administrative und organisatorische Massnahmen

Soziale Normen müssten von den Volksvertretern definiert werden. Doch Regierung, Verwaltung und Gerichte unterlaufen den «Willen des Gesetzgebers» durch eigenmächtiges, unkontrolliertes Uminterpretieren der Gesetze mittels willkürlichen Verordnungen und Weisungen. Die politischen Parteien führen nur Schattenkämpfe gegeneinander. Hinter den Kulissen herrscht hingegen Einigkeit über die folgsame Durchsetzung verdeckter Agenden.

## **E** Wer regiert, regelt seine Angelegenheiten zum eigenen Wohl

Die aktuelle «Staatsherrschaft» mischt sich gewaltsam in alle natürlichen, lebensdienlichen Verhältnisse und Sozialstrukturen ein. Um die gezielte Ausbeutung und Entmündigung des Volkes zu vertuschen, wird die Einmischung als «*zwingend notwendige Veränderung*» dargestellt. Mit theatralischem Eifer täuschen die «*hoheitlichen Volksvertreter*» Fürsorge und Verantwortlichkeit nur vor. Die negativen Auswirkungen werden nicht analysiert.

## **Zeitenwende**

Doch jetzt haben sich die anti-«demokratischen» Volksbeherrscher selbst ausmanövriert. Die heimliche Staatsprivatisierung war ein Eigengoal.

Weil keine Volksentscheide zur Privatisierung eingeholt wurden, fehlt den heutigen Firmenfunktionären die hoheitliche Handlungs-Legitimation.

Damit hat das Volk nun die Möglichkeit, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen und rechtmässige Verhältnisse wieder herzustellen.

### Rolle der «Banken»

## **Finanzmacht**

Das hinterhältige Zusammenspiel der Antidemokraten beruht auf handfesten materiellen Interessen. Um das Volksvermögen immer mehr in private Taschen abzuleiten und die Abhängigkeiten zu erhöhen, wurde eine engmaschige Verbindung zwischen Lobbyisten, Banken und Staatsverwaltung geknüpft.

Die Banken tätigen für die illegal privatisierten Instanzen und Organe der Firma «*Schweizerische Eidgenossenschaft*» alle Finanztransaktionen (Steuereinnahmen, Bussen, Gebührenforderungen, Lohnauszahlung, Kreditvergaben, etc.), obwohl ihre pseudostaatlichen Geschäftspartner seit der heimlichen Umwandlung in Kapitalgesellschaften gar nicht zum Handel zugelassen sind. Analog zum Geldwäschereiverbot dürfen Banken also nicht mit ihnen Geschäfte treiben. Doch die Banken unterstützen die weitreichenden Amtsanmassungen nach Kräften und sind damit Mittäter.

### Rolle der «Anwälte»

## **Rechtsvollmachten und -Befugnisse**

Um das Anwaltspatent zu erwerben, müssen die Juristen eine Anwaltsprüfung bestehen. Diese wird gegenüber einer Kommission bei den obersten kantonalen Gerichten abgelegt. Dabei verpflichten sich die Anwälte, sogenannte «*Standesregeln*» einzuhalten, die internationale «*Bedingungen*» beinhalten (vgl. BAR-Vermutungen\*). Mit dem Unterzeichnen einer Anwaltsvollmacht liefern sich die Klienten immer der völligen Anwaltswillkür aus. Die Anwälte wissen um die heute fehlende Legitimation der Richter, verschweigen dies aber aus Eigeninteresse.

Für die Staatsanwälte gilt seit 2007 das Opportunitätsprinzip gemäss Art. 8 StPO. Es regelt die Nichtanhandnahme der Aufklärung und Verfolgung von Straftaten und Tätern. Das Verschonen der schlimmsten Verbrecher ist gängige Praxis. Korrekte Ermittlungen werden «*von Staates wegen*» systematisch hintertrieben.

\* <https://docplayer.org/208428738-Die-bar-vermutungen-1-die-vermutung-der-oeffentlichen-aufzeichnung-2-die-vermutung-der-oeffentlichen-dienstleistung.html>

### Garantien der Bundesverfassung:

**Art. 5:**  
«*Grundlage und Schranke staatlichen Handelns ist das Recht.*»

**Art. 9:**  
«*Schutz vor Willkür und Wahrung von Treu und Glauben*»

**Sprengen wir die Ketten, die uns gefesselt halten – und stellen wir einen ordentlichen Rechtsstaat wieder her!**



**Die Verfassung garantiert unsere Freiheit!**

# FOLGERUNGEN UND AUSBLICK

Bereinigung ist angesagt: Das **Verderbte** ist richtigzustellen

Faktisch wurde der Rechtsstaat und die Selbstbestimmung des Schweizervolks mit der illegalen Umwandlung ins Privatrecht ausgehebelt. Die Rückabwicklung und Einleitung korrekter rechtsstaatlicher Abläufe ist die dringendste öffentliche Aufgabe.

Jeder Vertrauensbruch führt zum Entzug ungerechtfertigten Vertrauens, und die Anzahl der informierten, mutigen und verantwortungsbewussten Menschen steigt stetig an. Der spöttisch-boshafte Ausspruch, das Volk habe die Regierung, die es verdienet, blendet aus, dass mit Einschüchte-



rung, Entmutigung und Zermürbung in gigantischem Ausmass und mit grosser Verlogenheit auf die «Untertanen» eingewirkt wurde. Glücklicherweise gehen aber die Pläne zur Verarmung und Verdummung nicht auf.

Es ist zu veröffentlichen, wer diese Firmen gegründet hat. Geheimhaltung, Irreführung und Angstmacherei durch die «Staatsgewalt» sind zu beenden. Es ist nachzuweisen, dass man diese illegalen Firmen wieder in öffentlich-rechtliche Institutionen überführt.

Wir Menschen wachsen den Tätern längst über den Kopf. In der Phase der Rückabwicklung wird das Volk zeigen, wie sehr es rechtsstaatliches Denken und Handeln verinnerlicht hat. Wir verkörpern den Rechtsstaat – jeden Tag!

**Unsere stärkste Macht liegt im Durchschauen des Bluffs und in der Entschlossenheit, selber angemessen und fair zu entscheiden und souverän zu handeln.**

## Konzept für die Rückabwicklung und Schaffung rechtsstaatlicher Verhältnisse

Der geheime Staatsputsch und die entsprechende Behördenkriminalität schufen ein Machtvakuum, das nun zwingend eine pragmatische Rückabwicklung erfordert.

Mit der heimlichen Privatisierung der staatlichen Instanzen und Organe wurde versucht, den Rechtsstaat schleichend abzuschaffen, aber das perfekte Verbrechen gibt es nicht.

Das Ziel, wieder rechtmässige Verhältnisse herzustellen und gleichzeitig Ruhe und Ordnung zu gewährleisten,

erfordert einen klar definierten Übergangs-Stufenplan, der auf allgemeingültigen Prinzipien beruht und realistische Verfahrensschritte aufzeigt. Das angestrebte Ziel muss in kurzer Zeit erreicht werden.

Während des umfangreichen Rückabwicklungsprozesses sind die Erschütterungen möglichst gering zu halten. Erneute Missbräuche und kriminelle Akte sind zu verhindern.

Der erforderliche Notbetrieb ist sicherzustellen.

Ein bereits erarbeitetes Rückabwicklungs-Konzept zeigt auf, wie der Staat Schweiz aus der heimlich geschaffenen Illegalität gelangen kann – mit einer pragmatischen Lösung, die es ermöglicht, sämtliche gesellschaftlichen Bereiche und alle staatlichen Belange aus dem entstandenen Schlamassel zu transformieren.

